

An konservativen Themen fehlt es nicht: Die Wandlungen der Moderne sind nur möglich, wenn es die Stetigkeit starker Eigentumsrechte gibt.

## Wer verändern will, muss erhalten können

30. Juni 2005, Gerd Held

*Nothing I have is truly mine* – die Zeile im Dido-Song aus dem Jahr 2004 ist eine Zeitdiagnose und sie trifft Deutschland in besonderer Weise. Es fällt ja auf, dass die gefühlte Armut hierzulande bis weit in die Mittelklasse hineinreicht, während in anderen Ländern Menschen mit einem Zehntel des monatlichen Einkommens dies Gefühl nicht haben, sondern ein „truly mine“ kennen. Das kann eine bescheidene Wohnung sein, ein kleines Ladenlokal für verschiedene Geschäfte und Auftragsarbeiten, ein fester Treffpunkt im Stadtteil für Geschichten und Ratschläge, für Job- und Partnersuche oder auch ein zentrales Bauwerk, ein religiöser Ritus, eine Gedenkstätte, die als Gemeingut mit den anderen Staatsbürgern geteilt wird.

Es ist paradox: In Ländern wie Spanien oder den Niederlanden sind die Häuser und Plätze oft eng, die verwendeten Materialien einfach und die Möblierung bescheiden, aber es herrscht eine gewisse Grundsicherheit unter den Bürgern. Unterdessen lebt man hierzulande in wohlgefüllten Häusern mit einem hohen Güterdurchlauf. Aber dies führt nicht zu mehr Sicherheit sondern zu einer wachsenden Nervosität und zu einem ständigen Gefühl des Ungenügens. Dies Gefühl trägt nicht. Denn wo die Wertordnung so sehr am „Wohlstand“ gerichtet ist, muss man sich ständig um die Güterzufuhr Sorgen machen: eine ganze Nation sitzt dann im Hamsterrad des unaufhörlichen Erwerbs. Sie ist Gefangene unaufhörlicher „Innovationen“, getrieben zu immer weiteren Märkten. Die „krankhaften Exporterfolge“, von den Hans Werner Sinn vom IFO-Institut spricht und die „German Angst“ sind zwei Seiten derselben Medaille.

Ein sehr wohlhabendes Land kann zugleich ein recht eigentumsloses Land sein. Die Songzeile von Dido verweist auf einen für die Moderne sehr bedeutenden Unterschied – den Unterschied zwischen Besitz und Eigentum. Die Kategorie des Besitzes zielt auf das aktuelle „Haben“. So hat ein Mieter Besitzrechte an seiner Mietwohnung oder ein Beschäftigter an seinem Werkzeugkasten und seinem Büroschlüssel. Hingegen etabliert die Kategorie des Eigentums eine viel prinzipiellere Verbindung zwischen Menschen und materiellen oder geistigen Gegenständen. Eigentumsrechte begründen ein fundamentales Verantwortungsverhältnis. Eine Einschränkung dieses Verhältnisses kann nur durch Ansprüche anderer Eigentumsrechte begründet werden, sei es im Verhältnis zweier individueller Eigentümer oder im Verhältnis eines Eigentümers zu einem öffentlichen Eigentum. In diesem Sinn ist Eigentum „sozialpflichtig“ – etwa zur Lösung von Nachbarschaftsstreitigkeiten oder zur Durchsetzung des Baus einer Eisenbahntrasse.

Nicht jedoch gilt die Sozialpflichtigkeit gegenüber Besitzansprüchen. Denn jeder Eingriff in Eigentumsrechte im Namen von Gebrauchsinteressen würde die Eigentumsrechte als solche aufheben. Deren besonderer Sinn besteht darin, gegenüber den Wechselfällen des Lebens eine Kontinuität der Trägerschaft zu installieren. Die Nutzungen eines Hauses können wechseln, während das Eigentum konstant bleibt. Das gleiche gilt für die Produktpalette oder Branchenzugehörigkeit eines Unternehmens. Diese grundlegende Trägerschaft gilt im Guten wie im

Schlechten. Wenn eine Katastrophe ein ganzes Geschäftsfeld ruiniert, bleibt der Eigentümer allein zurück. So begründet das Eigentumsrecht eine Schicksalsgemeinschaft von Menschen und Gegenständen.

**A**uch für die eigene Persönlichkeit gehört den Menschen nur durch Property rights. Ohne sie gäbe es keine Menschenrechte unabhängig von Geschlecht, Rasse, Glauben und Besitz. Das Eigentum ist hier das große konservative Bollwerk gegen die Unterdrückung von Menschen im Namen einer bestimmten Eigenschaft. Das ist allerdings auch mit der Härte verbunden, dass zum spartanischen Grundgerüst „Person“ nicht noch Besitzansprüche mitgeliefert werden. Sonst würden die Menschenrechte an Besitz und Kassenlage gebunden. Ebenfalls gäbe es ohne Eigentumsrechte keinen republikanischen Staat, sondern nur ein ständiges, grenzenloses Ringen in wechselnden Kräfteverhältnissen. Eine Kontinuität staatlicher Bestände – Verwaltungskörper, Infrastrukturen, Bildungs- und Kulturgüter – könnte sich nicht gegen die vielfältigen Besitzansprüche behaupten. Die Gemeingüter würden ständig umgekrempelt und übernutzt. Auch für dies Kollektiveigentum gilt das Ausschlussprinzip: Commons gibt es nur in einem begrenzten Verantwortungsgebiet mit einer strikt geregelten Staatsbürgerschaft.

Die Begründung und Wahrung von Eigentum ist etwas anderes als die Erzeugung nützlicher Güter, aber sie ist auch eine Anstrengung. Denn die Stetigkeit des Eigentums wird nicht durch Raffgier, sondern durch Maß und Anpassung erreicht. Die ständige Auseinandersetzung mit einem sich wandelnden Umfeld bedeutet erfordert eine ständige Grenzpflege. Ein Symbol für diese Pflege ist die Sorgfalt, die in der sogenannten Gründerzeit den Fassaden der Häuser gewidmet wurde. Die Fassaden waren Abgrenzung - und zugleich ein dauernder Beitrag zum Straßenzug und eine Bindung an das Stadtganze. Daher irrt auch, wer annimmt, das Eigentumsrecht sei besonders für die großen Vermögen geschaffen und privilegiere sie. Im Gegenteil vergrößert es hier auch die Verantwortung, denn ein solches Vermögen bietet den Gefährdungen durch die Realität viel größere Angriffsflächen. Dass sich bei großen Vermögen das Management einschließlich der verschiedenen Berater und Mitbestimmer viel leichter der Verantwortung entziehen können, kann man hierzulande gerade gegenwärtig lernen.

Eine Kultur des Eigentums kann auch an sehr kleinen und „nahen“ Dingen entwickelt werden. Wenn Fitness-Studios oder Benimmkurse boomen, wenn Wohnungen wie kleine Betriebe oder Büros aussehen, dann ist das Eigentumsaufbau der „Person“. Während früher die „Arbeitskraft“ noch weitgehend als Nebenprodukt im laufenden Betrieb gebildet wurde, treten heute die Pflege der Fähigkeiten und die Arbeit im Job deutlicher auseinander. Diese Eigentumsbildung kann sogar weit in die Armut reichen. In der Welle von Piercing und Tätowierung des eigenen Körpers ist – neben allem modischen Affekt - auch die Suche nach einem „truly mine“ enthalten. Die Kultur eines erweiterten Niedriglohnssektors kann eben nicht eine Kultur des hohen Güterdurchsatzes sein.

So ist der grundlegende Konflikt in der Moderne nicht der zwischen individuellen und kollektiven Ansprüchen, wie Liberale und Sozialisten meinen, sondern zwischen der Kontinuität einer Eigentumsordnung und der Mobilität wechselnder Besitzstände. Dieser Konflikt ist lösbar, wenn Ordnung und Flexibilität ihre jeweils eigenen Bereiche achten. Eigentumsrechte können, wenn sie angemessen zugeschnitten sind, die Schwellen des gesellschaftlichen Zugangs für die Armen senken und zugleich die Verantwortung der Reichen erhöhen – ganz ohne Umverteilung von Gütern. Diese Sphäre kann zu dem großen und dauerhaften Band werden, das eine offene Gesellschaft zusammenhält.

Man versteht vor diesem Hintergrund besser, was das rot-grüne Projekt war und warum es zu einer allgemeinen Vertrauenslosigkeit geführt hat. Sein gemeinsamer Nenner war alles, was Eigentum teuer, kompliziert und unsicher macht. Jeder erhöhte Mindeststandard, jede Steigerung der Wohnnebenkosten, jede Kampagne für teure Lebensmittel traf das Eigentum, insbesondere auch das kleinteilige Eigentum. Jede Erweiterung des Kreises der Mitbestimmer und jede neue Beimischung von Zuständigkeiten machte die Wahrung der großen strategischen Einheiten in Wirtschaft und Staat schwerer. Dazu kamen die Verschuldung des Staates und die Überlastung der Sozialversicherungen mit Versorgungsversprechen, die in ihrer Aussichtslosigkeit und Unhaltbarkeit das öffentliche Eigentum beschädigten – und damit auch die private Eigentumsbildung entmutigten. In einem Land, auf dem im Grunde überall der Kuckuck klebt, kann sich niemand auf langfristige Investitionen einlassen.

Gewiss, diese Regierung war weder faul noch unflexibel. Die legendären Kanzler-Geschäftsreisen ins Ausland passten zu mancher heimatlosen Rastlosigkeit der alten Bundesrepublik. Aber erst Rotgrün hat daraus einen ganzen Stil der „Modernisierung“ gemacht, der die motivierende Kraft der Eigentumsrechte systematisch und geradezu demonstrativ ignorierte. Der Vorschlag, den Nationalfeiertag zum Kassen-Nachfüllen zu opfern, spricht Bände. Die heftige Ablehnung dieses Vorschlags jedoch auch eine neue Sensibilität für die Frage nach dem „truly mine“.

So kann heute ein Neuanfang in Deutschland nicht darin bestehen, sich von der Wohlstandsjagd der Linken, die das Hamsterrad nur weiter antreibt, anstecken zu lassen. Wer zu schnell den Aufschwung beschwört, hat noch zu nahe an der „German Angst“ gebaut. Die Alternative kann nicht darin bestehen, nur auf eine andere Weise „progressiv“ zu sein. Sie muss zu einem ganz wesentlichen Teil konservativ sein. Sie muss es in der gleichen Weise sein, wie die Moderne selbst konservativ ist. Nach einem geläufigen Vorurteil ist die Moderne eine besonders mobile Veranstaltung. Die Bilder sind dem Verkehrswesen entliehen: Alles soll sich „immer schneller“ verändern, „Offenheit“ soll die wichtigste Tugend sein. Aber die klassischen Länder der Moderne schöpfen ihre Kraft zur Flexibilität aus der Kontinuität fester Bestände. Thatcher und Reagan tingelten nicht im Guidomobil herum, sondern steckten die Verantwortungsgrenzen fester ab. Die angebliche „liberale Revolution“ in England und den USA war eine konservative Veranstaltung. Deren Leitmotiv hieß „Wer verändern will, muss erhalten können“ – statt des defensiven „Wer erhalten will, muss verändern“. So standen die Länder in den ersten Jahren steigende Arbeitslosenzahlen, Verluste von Industriebetrieben und Einschränkungen bei der öffentlichen Versorgung durch. Die Konservativen setzten also zunächst etwas ganz anderes in Gang als den Aufschwung. Die Ordnung der Bestände, diese bisweilen recht unscheinbare, buchstäblich „konservierende“ Tätigkeit wurde zu einer echten Bürgerbewegung. Erst danach konnten auch Arbeitsplätze wieder dazugewonnen werden – und respektable Regierungen von Labour und Demokraten das Werk fortsetzen. Das Verhältnis von Eigentum und Besitz stimmte wieder – nach einer wirklich konservativen Korrektur.

Hierzulande aber ist im Grunde unklar, was eine konservative Partei ist. Weder ein reflexartig wiederholtes Wohlstandsversprechen noch ein nostalgischer Rückwärtsgang zu älteren Zuständen zeichnet sie aus. Konservativ zu sein heißt: Klare Abgrenzung und Pflege der modernen Grundbestände. Dafür stehen die privaten und öffentlichen Eigentumsrechte. Jedes Land, dem das Vertrauen abhanden gekommen ist, wird auf diesen Trumpf zurückkommen müssen.

*(Manuskript vom 30.6.2005, erschienen in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung am 17.7.2005)*